

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Heute wird in deutschem und zugleich slovenischem Texte ausgegeben und versendet:

Gesetz- und Verordnungs-Blatt für das Herzogthum Krain.

I. Stück. Jahrgang 1864.

Inhalts-Übersicht:

1.

Rundmachung der k. k. Steuer-Direktion für Krain vom 24. December 1863, Nr. 6620,

in Betreff des Vorganges bei der Vorschreibung, Einhebung und Verrechnung der auf die vierzehnmönatliche Finanzperiode vom 1. November 1863 bis Ende December 1864 fallenden Schuldbiligkeit an direkten l. f. Steuern.

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Gesetz- und Verordnungs-Blattes für Krain.

Laibach, am 13. Jänner 1864.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 12. Jänner.

Im Norden Deutschlands befindet sich gegenwärtig der Punkt, von wo aus sich ein europäischer Krieg entzünden kann; Schleswig-Holstein drängt darum begreiflicherweise jedes andere politische Objekt in den Hintergrund. Es war auch Gegenstand der Verhandlung im Abgeordnetenhaus in dessen erster Sitzung nach den Ferien. Die Regierung hat bereits aus Anlaß der Bundesresolution den namhaften Kredit von 10 Millionen gefordert; zwanzig Abgeordnete haben ihre Thätigkeit damit begonnen, daß sie an den Minister des Aeußern eine Interpellation richteten.

Während die „Presse“ dieser Interpellation eine sehr große Bedeutung beilegt und dem Ministerium rath, dieselbe „nicht auf die leichte Achsel zu nehmen“, sagt die „Ost. Ztg.“, die Interpellation sei dem Inhalte nach nicht opportun, der Form nach nicht sehr geschickt. „Die Interpellation verlangt nichts mehr und nichts weniger, als vollständige Enthüllung schwebender Unterhandlungen. Sie verlangt aber noch mehr, sie will das letzte Wort wissen, welches die Regierung sprechen wird. Das heißt doch etwas zu viel verlangen. Wären die Fragen vorsichtiger gestellt worden, so hätte sich der Minister des Aeußern einer Antwort nicht entziehen können; wie sie aber jetzt lauten, würde auch Lord Palmerston oder Earl Russell ganz einfach erwidern: Die Sachen sind noch in der Schwebe, wir vertagen die Auskunft.“

Ob die Interpellation einer eingehenden Antwort gewürdigt werden wird oder nicht, scheint uns den Nachrichten gegenüber gleichgültig, die heute der „Botsh.“ bringt, vorausgesetzt, daß sie nicht leere Konjekturen sind. Er schreibt nämlich:

In dem Augenblicke, in welchem die Sache Schleswig-Holsteins in ihrer praktischen Fortentwicklung auf die Entscheidungen des Bundestages wartet, sind wir in der Lage, das im deutschen Volke in dieser Angelegenheit gegen Oesterreich entstandene Mißtrauen beschwichtigen zu können. Wir glauben, daß wir Thatsachen berichten, wenn wir unseren Lesern mittheilen, daß sich über die dänische Frage in allen ihren wesentlichen Theilen in unserer Regierung eine volle Einheit der Anschauungen hergestellt hat, und daß diese den Interessen der Herzogthümer nichts weniger als ungünstig ist. Man wird in Deutschland, um gerecht zu urtheilen, nicht außer Acht lassen, daß es Beweggründe der großen Politik gibt, welche von außen herein über die Methode des Vorgehrens in einer wichtigen politischen Angelegenheit entscheiden; und

wir möchten in dieser Beziehung unsere politischen Freunde daran erinnern, daß die für Oesterreich in der dänischen Angelegenheit in hohem Grade der Fall ist. Dabei aber glauben wir in der Lage zu sein es als Thatsache zu bezeichnen, daß die österreichische Regierung, soweit es nur immer nach den Bedingungen der europäischen Verhältnisse möglich sein wird, ihre Macht für die deutschen Interessen in Schleswig-Holstein einzusetzen entschlossen ist. Die Entscheidungen des Bundestages müssen natürlich abgewartet werden, bevor dieser allgemeine gute Wille eine bestimmte Form annehmen kann. Wir glauben aber Gründe zu der Ueberzeugung zu haben, daß die Entscheidungen des Bundestages von Oesterreich bereitwillig werden anerkannt werden.

16. Sitzung des Herrenhauses

am 9. Jänner.

(Schluß.)

Bischof Fogarassy referirt über das Kapitel „Grundentlastung.“ Die Kommissionsanträge stimmen mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses überein.

Graf Leo Thun. Der Bericht erwähnt, daß die für Ungarn und Kroatien von der Regierung, als Vorschuß für die Grundentlastungsfonde, veranschlagten Summen abgemindert worden seien. Dieß habe in ihm die Befürchtung rege gemacht, daß für diese Länder daraus Verlegenheiten entstehen könnten. Aber die Aufklärungen, welche er erhalten, hätten ihm vollkommene Beruhigung verschafft.

Finanzminister v. Plener: Der Abstrich betreffe einen Posten, welcher im Jahre 1864 dem Grundentlastungsfond als Vorschuß gewährt werden soll, welcher aber gleich Anfangs 1865 zur Rückzahlung gelangt. Nach dem Begriffe eines Ausgabe-Budget wurde der Posten in der Regierungsvorlage eingestellt und wäre im Jahre 1865 als „Bedeckung“ erschienen. Der Ausfall würde einstweilen aus Staatsmitteln bestritten worden sein, und er habe gegen den Abstrich im Abgeordnetenhaus keinen Anstand erhoben, da vorauszu sehen, daß die Rückzahlung gleich im Anfange des nächsten Jahres erfolgen werde. Er wolle deshalb auch in diesem Hause keine Einwendung gegen den Abstrich erheben.

Das nächste Kapitel ist: „Allgemeine Kassaverwaltung.“

Bei diesem Kapitel besteht eine meritorische Differenz bei dem Titel „Öffentliche Denkmale.“ Das Abgeordnetenhaus hat die Bedingung aufgenommen, welche lautet: „gegen dem, daß diese Angelegenheit vollständig in das Ressort des Staatsministeriums übergehe.“

Die Finanzkommission (Berichterstatter Meyer) beantragt die Weglassung dieser Bedingung, da nicht so sehr die Bedeutung dieser Bedingung im Einzelnen als die Maxime der Anwendung von bedingten Einstellungen in den Voranschlag im Allgemeinen große Bedenken gegen sich habe. — (Der Kommissionsantrag wird ohne Debatte angenommen. In den Zifferansätzen besteht keine Differenz.)

Die folgenden Titel: „Allgemeiner Pensionsetat.“ „Zinsen der Staatsschuld.“ „Schuldentilgung.“ „Erforderniß für Einhebungsprozente der direkten Steuern im lomb.-venet. Königreiche.“ „Einhebungsprozenten der Verzehrungssteuer.“ „des Zolles.“ „Erforderniß des Salzgefälles.“ „des Tabakgefälles.“ „Erforderniß bei Stempel, Taxen und Gebühren.“ „Erforderniß des Lottogefälles.“ „Erforderniß der Verwaltung der Staatsgüter.“ „Montandomanen, Diskontiergebäude, Aerial-Eisenbahnen, des neuen Pester Donauhafens.“ „Erforderniß der Verwaltung der Staatsforste.“ „Erforderniß der Verwaltung des vom Staate konfiszierten Vermögens“ werden ohne Debatte überein-

stimmend mit dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses angenommen.

Graf Leo Thun: Bei der kurzorischen Art, mit welcher die Abstimmung erfolgt, wolle man es entschuldigen, wenn er über eine bereits abgestimmte Post, nämlich „Erforderniß der Verwaltung der Staatsgüter“ sprechen wolle. In dieses Kapitel gehöre auch der Ausbau des Bodenbacher Bahnhofes, welcher wegen des darüber bestehenden Streites zwischen der Regierung und der Bahngesellschaft nicht ausgeführt werde. Bei der dringenden Nothwendigkeit des Ausbaues wünsche er, die Regierung möge sich über den Stand der Angelegenheit äußern, um der Bevölkerung einige Beruhigung darüber zu geben.

Minister v. Plener: Die Verhandlung, betreff dieses Bahnhofes, sei eine solche, welche von dem Finanzministerium und dem Handelsministerium gemeinschaftlich gepflogen werde. Der Streit habe seinen Grund darin, daß der Bau dieses Bahnhofes nicht das gewöhnliche Erforderniß eines solchen Baues, sondern aus Rücksichten des Zolldienstes und des gemeinwirtschaftlichen Verkehrs mit der sächsischen Bahn ein größeres Erforderniß aufweist. Die Bahngesellschaft sagt, sie habe nur die Verpflichtung zu einem solchen Bau, welcher den gewöhnlichen Bedürfnissen entspricht, das Superplus falle dem Staate anheim. Dieß war die Differenz. Um aber dem Bedürfnisse zu entsprechen, hat man den Weg eingeschlagen, einstweilen den Bahnhofsbau in Angriff zu nehmen und das Erforderniß vorläufig aus Staatsmitteln zur Verfügung zu stellen, ohne jedoch den Rechtsgrund zu präjudizieren. Uebrigens seien jedoch die Verhandlungen im Zuge und der Bau werde mit Eintritt der besseren Jahreszeit in Angriff genommen werden.

Graf Leo Thun: Diese Aufklärung könne ihn nicht beruhigen, da es immer mißlich, wenn nicht der bant, der das Geld hergibt. Er spreche nur den Wunsch aus, die Regierung möge dahin wirken, daß der Bau sobald als möglich auch wirklich in Angriff genommen werde.

Minister v. Plener erklärt, daß die Staatsbahngesellschaft sich durchaus nicht weigerte, zu bauen, sondern bloß die Mehrkosten vergütet haben wollte. Die Regierung werde übrigens dafür sorgen, daß mit Beginn der besseren Jahreszeit auch der Bau in Angriff genommen werden würde.

Vizepräsident Graf Kuefflein erklärt sich nach den Aufklärungen des Finanzministers über diese Angelegenheit vollkommen beruhigt.

Es werden sodann noch die Kapitel: „Erforderniß der Aerial-Fabriken“, „des Bergwesens“, „des Münzwesens“, ohne Debatte angenommen.

Freiherr Bruckenthal berichtet über das „Budget des Ministeriums für Handel und Volkswirtschaft.“ (Sektions-Chef Freiherr Kalchberg erscheint als Vertreter der Regierung auf der Ministerbank.)

Bei dem Titel „Postgefälle“ hat die Regierung die Einstellung von 75.193 fl. zum Zweck der Gehaltsaufbesserung gewisser Postbeamten-Kategorien beantragt. Das Abgeordnetenhaus hat diese Post um 36.590 fl. erhöht und die Gehaltsaufbesserung auf Kontrolle, Offiziale und Postdiener ausgedehnt. Die Finanzkommission beantragt, dem vom Hause bereits angenommenen Prinzipie gemäß, die Streichung dieser 36.590 fl.

Graf Wickenburg: Die Lage der Postbeamten und Postdiener sei so beklagenswerth, daß sie vor Allen Berücksichtigung verdiene. Der Dienst sei mit keinem anderen zu vergleichen, er sei ungeheuer anstrengend. Der stete Verkehr mit dem Publikum erfordere, daß sie besser gekleidet, der strenge Dienst, daß ihre Ernährungsbedürfnisse größer sind. Der Gehalt sei für diese Erfordernisse zu gering, und wenn man das bedenkt, muß man den Ansichten des Abgeordnetenhauses beipflichten. Nach dem Prinzip, das im Hause angenommen wurde, könne ein solcher Antrag

wohl nicht eingebracht, aber er wolle den Antrag stellen, daß das Haus die Erwartung ausspreche, daß die Regierung im nächsten Jahre die Gehaltsaufbesserungen gewisser Beamten-Kategorien auch auf die Offiziale und Postdiener ausdehnen werde. Er wolle nur noch bemerken, daß die Post eigentlich ein monopolistisches Unternehmen sei, das vorzüglich dem Dienste des Publikums gewidmet ist, welches auch das Recht hat, zu verlangen, daß die betreffenden Beamten gehörig bezahlt werden.

Der Antrag des Grafen Wickenburg wird nicht unterstützt, worauf der Kommissionsantrag angenommen wird.

Die übrigen Titel: „das Budget des Handelsministeriums“ wurden ohne Debatte in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr.

17. Sitzung des Herrenhauses am 11. Jänner.

Auf der Ministerbank: Mesfery, Plener, Burger, Hein.

Nach Vorlesung des Protokolls und Mittheilung der Einläufe wird zur weiteren Berathung des Budgets, und zwar Kapitel „Ministerium der Justiz“ geschritten.

Berichterstatter ist Fürst Jablonowski.

Die Finanz-Kommission beantragt die vom Abgeordnetenhaus votirte Summe von 313.425 fl. zum Zwecke größerer Zulagen für die richterlichen Beamten minderer Besoldungskategorien nicht einzustellen, dafür aber die für die Gerichtsadjunkten in der Regierungsvorlage präliminirten Zulagen à 100 fl. (mit 67.660 Gulden), welche vom Abgeordnetenhaus gestrichen wurden, wieder aufzunehmen. Die Finanzkommission flüßt sich dabei auf das in dieser Beziehung vom Herrenhaus angenommene Prinzip. — Im Uebrigen stimmen die Anträge der Kommission mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses überein.

Freiherr v. Krauß: Nachdem er nicht so glücklich war, sein Amendement, betreffs der Adjunkten bei den gemischten Bezirksämtern, durchzubringen, wolle er zwar keinen Antrag stellen, müsse aber erklären, daß er gegen die NichtEinstellung der vom Abgeordnetenhaus votirten Summen stimmen werde.

Graf Anton Auerberg: Obzwar er mit dem Prinzip, welches dem Kommissionsantrage zu Grunde liege, einverstanden sei, veranlaßt ihn doch die Aeußerung, welche leztlich gemacht wurde, daß eine Bevorzugung des Richterstandes eine Ungerechtigkeit wäre, das Wort zu nehmen. Der Richterstand sei offenbar in einer höheren Stellung, denn, wenn aus dem Ressort des Richters die administrativen Geschäfte ausgeschieden werden, entfallen alle Momente, welche ihn den Beamten gleichstellen und er tritt in eine höhere Linie als Spruchrichter. Die Unabhängigkeit des Richters sei weniger ein Vortheil für ihn als für das rechtsuchende Publikum, während der andere Beamte sich ruhig zu Bette legen kann, wenn er den höheren Weisungen gefolgt ist, steht der Richter bloß dem Gesezbuche und seinem Gewissen gegenüber. Von ihm hängt Ehre und Eigenthum der Bürger ab.

Redner weist auf die Versuchungen hin, denen er durch die Nothlage ausgesetzt wird und zeigt, daß bei weiterer Ausbildung des Verfassungslebens der Richter nicht nur ein gebildeter Mann, sondern ein Gelehrter in seinem Fache werden müsse. In der Beamtenhierarchie nehme der Richter gleichsam eine priesterliche Stellung als Wächter des Rechts ein. Bei dieser Gelegenheit wolle er nur noch einige Bemerkungen über allgemeine Budgetfragen machen. Er wolle, wenn seine Worte auch nicht auf praktischen Boden fallen, doch damit den Weg bezeichnen, den er in dem Hause gehe. Obschon er nicht zu den politischen Freunden des Grafen Thun gehöre, müsse er doch jenen Worten beistimmen, mit welchen er die Idee der Selbstverwaltung und eine Aeußerung der Regierung, in welcher sie dieser bestimmte, anregte. Er müsse auch die Tapferkeit des Kardinals bewundern, der seinen Gegnern entgegentrat, in welcher eben ein Feuer loderte, das die Gegner zu Asche zu verbrennen drohte. Es sind harte Worte von dieser Seite gegen den Liberalismus gefallen, von welchen er (Redner) sich getroffen fühlte. Redner gibt eine Definition, wie er sich den Liberalismus denke und sagt: Er könne sich die Freiheit vom Rechtsbegriff nicht getrennt denken. Man könne die Freiheit lieben, ohne mit seinem Adel oder der Religion in Widerspruch zu kommen. Er wolle auch des Mittels erwähnen, dessen man sich bediene, um ängstliche Gemüther einzuschüchtern, nämlich das stete Anführen der Umsturzperiode und ihrer Schreckenzenen. Aber dabei müßte man auch die Vorgeschichte genau prüfen, und glücklichweise passen diese Verhältnisse nicht auf Oesterreich, das sich in der Periode der Umbildung befinde. Man hat gesagt, nur mit Zustimmung aller drei Faktoren können bestehende Pesten abgeändert wer-

den; diesem müsse er widersprechen, es handle sich im Budget um ein Zustimmungsrecht, und wenn ein Faktor die Zustimmung verweigert, besteht der Pöbel auch nicht zu Recht. Redner wendet sich gegen eine Aeußerung des Freiherrn v. Lichtenfels bei Gelegenheit des Budgets des Ministeriums des Aeußern, wo dieser sagte: das Ministerium werde bei der Rechnungslegung nur nachzuweisen haben, daß es die Gesamtsumme nicht überschritten, nicht aber einzelne Posten zu rechtfertigen haben. Wäre dieß wahr, so würde ein Hauptzweck der Einberufung des Reichsrathes vereitelt, nämlich Ordnung in den Staatshaushalt zu bringen. Wenn man das konstitutionelle Prinzip als heilbringend für Oesterreich hält, darf man nicht vor schwierigen Momenten zurückschrecken, vielmehr durch legislatorische Thätigkeit das Prinzip fruchtbar machen. Das Prinzip bleibe unfruchtbar, wenn man den Faden des Absolutismus durch die Budgetfrage zieht und diese nur benützt, um die Schultern der Steuerträger zu beladen. Auch im Abgeordnetenhaus haben sich Stimmen gegen die weillschneidende und zeitraubende Behandlung des Budgets erhoben, aber das Budget sei der Spiegel der Staatsverwaltung, welche, wie offiziell anerkannt wurde, ererbte Uebelstände enthielt, die entfernt werden müssen. Sie werden immer weniger werden, dann wird es an der Zeit sein, die Behandlung des Budgets abzufürzen. Auf die Verfassungsfrage übergehend, sagt Redner, er sehe eine große Gefahr in dem Zweikammersysteme und in der Stellung der beiden Häuser zu einander, welche wie zwei Individuen auch zwei verschiedene Anschauungen haben müssen. Im legislativen Theile der Thätigkeit trete der Widerspruch weniger deutlich hervor, da Nothwendigkeiten endlich doch zu Ueberzeugungen werden und es nur eine Frage der Zeit ist. Anders sei es im Budget, wo Beschlüsse in kürzester Zeit gefaßt werden müssen. Bei divergirenden Ansichten stehen beide Häuser auf versäglichungsmäßigem Standpunkte, aber wohin führe eine solche Differenz, man sehe das in Preußen, wo es bis zur Aeußerung kam: „Man werde das Geld nehmen, wo man es eben finde.“ — Die Art, Ziffern zu votiren und dagegen sich mit Protesten zu verhalten, wie man es thut, führe zu ungesunden Zuständen, zu massirten Ausgaben. Aber das Budget müsse Wahrheit sein, denn nur wenn das Budget Wahrheit sei, sei auch die Verfassung eine Wahrheit. Er wolle mit dem Gesagten nur auf die Lücke hinweisen, welche in der Verfassung, betreffs der Stellung der Häuser zum Budget bestehe, und die zu traurigen Konflikten führen könne. Er erwarte von der Regierung, sie werde seinerzeit die Initiative ergreifen, um diese Lücke zu bestritten. Redner weist auf die Stellung des Abgeordnetenhauses zum Budget als Vertreter der Steuerträger hin und spricht seine Anerkennung aus, daß die Kommission des Herrenhauses so viel wie möglich den Beschlüssen desselben beitrage. Er wolle den Rechten des Herrenhauses nichts vergeben, sondern nur auf die Möglichkeit trauriger Konflikte hinweisen. Das Herrenhaus sei seiner Zusammensetzung nach schon regierungsfreundlich, aber in der steten Uebereinstimmung mit der Regierung werde es beinahe ein Regierungsorgan und damit sei der Verfassungsidee nicht Rechnung getragen, sondern dem Absolutismus der Weg gebahnt.

(Schluß folgt.)

65. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 11. Jänner.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Lasser, Plener, Freiherr von Mertens, Sektionsrath Rosner (Finanzministerium.)

Nach Vorlesung des Protokolls widmet der Präsident einige Worte des Bedauerns dem Tode des Abgeordneten Dreher und fordert das Haus auf, sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen zu erheben (geschieht.)

Es folgt die Mittheilung der Einläufe, darunter einer Zuschrift des Ministeriums des Aeußern, mit welcher dasselbe dem Abgeordnetenhaus Mittheilung von einer zwischen den Elbenferstaaten geschlossenen Uebereinkunft betreffs der Regelung des Elbezolles macht, ferner einer Zuschrift des Finanzministeriums, mit welcher dasselbe einen Gesetzentwurf betreffend einen außerordentlichen Kredit von 14 Millionen vorlegt (4 Millionen Vergütungskosten aus dem Jahre 1859 und 10 Millionen als Kosten der Bundesexekution in Schleswig-Holstein.) Ferner legt die Staatsschuldenkontrollkommission einen Gesetzentwurf über die Kontrolle der Ausgabe der Partial-Hypothekaranzweisungen vor.

Es wird eine von Mühlfeld und Genossen an den Minister des Aeußern gerichtete Interpellation vorgelesen. Diese lautet:

„Angesichts der Verschiedenheit, welche sich in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit zwischen der Politik der deutschen Bundesversammlung nach der durch die Repräsentanten der Mittelstaaten gebildeten

Stimmenmehrheit in derselben und jener der beiden deutschen Großstaaten, Oesterreich und Preußen zeigt, in Erwägung, daß die in der erwähnten Angelegenheit von den Regierungen der Mittelstaaten in ihrer Mehrzahl und der deutschen Bundesversammlung nach ihren Beschlüssen festgehaltenen Ansichten ebenso den Wünschen und den Gefühlen wie dem Rechte und der Ehre der deutschen Nation entsprechen, dagegen das Verhalten und die Bestrebungen der kais. österreichischen und der königl. preussischen Regierung dem deutschen Nationalgeiste und dessen Forderungen widersprechen, und bei der Besorgnis, daß die weitere Entwicklung des bisherigen Gegensatzes zwischen den Beschlüssen der deutschen Bundesversammlung und dem von Oesterreich und Preußen einverständlich stattfindenden Vorgange in der so ernsten und bedeutungsvollen schleswig-holsteinischen Angelegenheit zur Auflösung des deutschen Bundes, der einzigen an das der Geschichte angehörige deutsche Reich sich anschließenden Verbindung der Fürsten und Volksstämme Deutschlands in der Gegenwart, ja zum deutschen Bürgerkriege führen kann, stellen die Unterzeichneten die dringenden Anfragen an das hohe Ministerium des Auswärtigen: 1. Ist die von der kais. österreichischen Regierung im Einverständnisse mit der königl. preussischen Regierung bisher beobachtete Politik in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit nur ein Ergebniss des Rathes des Ministeriums des Aeußern für sich, oder theilt das Gesamtministerium die Verantwortlichkeit für diesen Rath? — 2. Gedenkt die kais. österreichische Regierung im Falle weiterer, durch die Bundesversammlung im Gegensatz zu ihren, einverständlich mit der königl. preussischen Regierung festgehaltenen Ansichten und unternommenen Handlungen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit zu fassenden Beschlüsse dieselben, und zwar selbst dann, wenn die königl. preussische Regierung dieses verweigern würde, auszuführen, oder sollte — 3. für solchen Fall die Ausführung selbst auf die Gefahr hin verweigert werden, daß die oben erwähnte Besorgnis der Auflösung des deutschen Bundes und sogar des Bürgerkrieges in Deutschland eintrete, und wie weit will — 4. überhaupt in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit das Einverständniß mit der königl. preussischen Regierung gepflogen und fortgesetzt werden? — Wien den 11. Jänner 1864. — Mühlfeld, Dr. Hann, Dr. Groß, Dr. Gleich, Brinz, Alfred Skene, Dr. Giskra, Oberleithner, Dr. Berger, Dr. Riehl, Lohninger, Dabon, Schuller-Vibloy, Dr. Josef Haffner, Dr. Reumelster, Zimmermann, Wohlschwend, Broschauer, Van der Straß, Oschnitzer, Winterstein, Dr. Kaiser, Eisert, Steffens, Rosshorn, Gull.

Freiherr v. Mertens beantwortet hierauf die in der letzten Sitzung von Zimmermann an das Kriegsministerium betreffs der Ermordung Lortz's in Bistritz (Siebenbürgen) gerichtete Interpellation folgendermaßen:

ad 1. Sowie jedes wichtige und ungewöhnliche Ereigniß, ist nach den bestehenden Dienstvorschriften auch dieser am 6. v. M. stattgehabte Vorfall schon am 7. v. M. von dem Landes-Generalkommando dem Kriegsministerium dienlich zur Kenntniß gebracht worden, welcher ersten Anzeige schon am 10., 12. und 14. v. M. weitere umständlichere Berichte nachgefolgt sind. — ad 2. Laut dieser Anzeigen ist gegen den Thäter — wegen dieser angeblich aus einem provocirenden Anlasse erfolgten Tödtung — gleich nach der That unter seiner Verhaftung die genaueste Untersuchung eingeleitet worden. Das Kriegsministerium hat überdieß mittelst Telegramms v. 14. v. M. dem Landes-Generalkommando die thunlichste Beschleunigung dieser Untersuchung dringend empfohlen, worüber gleichfalls telegraphisch noch am 14. v. M. die Anzeige eingelangt ist, daß die Untersuchung im vollen Zuge sei und nach Einlangen der Zivil-Zeugenprotokolle abgeschlossen werden wird, dann, daß von dem kommandirenden Herrn Generale eigens ein höherer Militär Richter von Hermannstadt nach Bistritz entsendet worden sei, um über den Sachverhalt zu berichten. Da somit von allen Behörden rasch und pflichtgemäß das Amt gehandelt wurde, so erübrigt dem Kriegsministerium nur, dem bald zu erwartenden Resultat der kriegsrechtlichen Untersuchung entgegen zu sehen.

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Wien, 11. Jänner. (G. C.) In dem Berichte des Ausschusses der sächsischen ersten Kammer, den wir meritorisch hier unberührt lassen wollen, ist u. a. die Bemerkung eingebracht, den beiden deutschen Großmächten scheine Gewalt über Recht zu gehen. Da nun Oesterreich im Verein mit Preußen nichts anderes verlangt, als daß man eben nur an der Hand des Rechtes vorwärts gehe, unausgesetzt vor aller Ueberstürzung warnt, und daß man nicht lediglich nach unklaren und unvergohrenen Sympathien handle, muß jene Aeußerung als eine unberechtigte

Annahme erscheinen. Ein anderer Ausdruck fordert eine noch energischer Zurückweisung heraus. Am Schlusse der Debatte ertaupte sich nämlich der Berichterstatter Freiherr v. Rostk-Wallwitz die Aeußerung, es schiene der Kaiser von Oesterreich seine im Sommer zu Frankfurt gegebenen Versprechungen vergessen zu haben. Hierauf diene zur Antwort: Wenn die deutschen Regierungen die großherzigen Anerbietungen, welche Se. Majestät der Kaiser mit dem Reformentwurf gemacht hat, angenommen und damit Deutschland zu einer europäischen Macht erhoben hätten, so würde Se. Majestät Obfolge getragen haben, allen Rechten, welche die Reformakte in Gesamtdeutschland hineinlegen wollte, vollen Raum zu verschaffen. Da nun aber die Reformakte zur Zeit noch nicht verwirklicht ist, so besteht einfach das alte Bundesrecht in seiner vollen Kraft und für alle Mitglieder des Bundes. Wer also dasselbe überschreitet, die Schranken der Kompetenz der Bundesversammlung zu beseitigen trachtet, darf sich demnach nicht wundern, den stets auf strengste Geseßlichkeit gehenden Willen Oesterreichs solchem Vorhaben entgegenzutreten zu sehen.

Ausland.

Die Nachricht der „Allg. Ztg.“, daß an der Eisenbahnstrecke von Nürnberg bis Lichtenfels ein Armeekorps von 30.000 Mann kassellförmig aufgestellt werden soll, hört die „Allg. Ztg.“ mit dem Beifügen bestätigen, daß bereits von jeder Division eine Brigade zu jenen Kantonnirungen bestimmt sei. Damit hängt jedenfalls auch die Angabe der „Frankf. Ztg.“, daß die Garnison in Ansbach dem Marschbereitschaftsbefehl erhalten habe, zusammen.

— Hamburger und Holsteiner Blätter veröffentlichen eine Erklärung des General Hake, in welcher es ausdrücklich heißt: „Daß General Graf Gondrecourt gar nicht, geschweige denn eigenmächtig, in dem Grafen Gaskhofe oder anderswo mit dem Oberst Scharffenberg verhandelt hat, daß endlich die verbreiteten falschen Gerüchte nur durch die Anwesenheit einiger Offiziere meines Stabes in Altona verursacht worden sein können. Dieselben hatten sich auf meinen Befehl von Völkensburg aus dahin begeben, theils um die Räumung Altona's von Seite der Dänen überhaupt zu veranlassen, theils um die den veränderten Umständen entsprechenden, neu von mir erlassenen Befehle dem Oberst Scharffenberg mitzutheilen.“

Paris. Hier ist die allgemeine Aufmerksamkeit fast ausschließlich von der jüngst entdeckten Attentats-Verschwörung in Anspruch genommen. Es scheint, daß die vier Italiener, welche in Haft genommen wurden, Antonio Respoli, Pasquale Greco, Natale Imperatori und Raphael Trabuco keineswegs aus London, sondern aus der Schweiz kamen, wie auch daraus hervorgeht, daß sie einen Brief aus London haben. Dieser Brief soll von Mazzini sein; doch weiß man dieß nicht bestimmt und kennt auch nichts über dessen Inhalt. Bei ihrer Verhaftung erklärte einer der Italiener, daß die Waffen, welche sie bei sich führten, für London bestimmt seien, wohin sie sich begeben sollten. Die Hotels, in denen sie wohnten, liegen ganz in der Nähe der Tuilerien. Sie befanden sich ungefähr seit dem 20. December in Paris, und wie es heißt, sah man sie immer, wenn der Kaiser ausfuhr oder die Theater besuchte. Die Polizei selbst scheint genau von ihren Absichten unterrichtet gewesen zu sein, da sie dieselben auf Schritt und Tritt verfolgen ließ. Das Aeußere dieser Leute soll übrigens ziemlich auffallend sein. Ihre Physiognomie drückt große Entschlossenheit aus; es scheint, daß sie Fanatiker ersten Ranges sind; die verschiedenen Waffen, die sie mit sich führen, beweisen auch, — daß sie sich nicht auf das Werfen von Bomben beschränken wollten, sondern die Absicht hatten, das daraus entstehende Getöse zu benutzen, um ihr Projekt definitiv durchzuführen. Einer der Verhafteten soll Geständnisse gemacht haben, jedoch sehr unvollständige. Die Uebrigen leugnen. Die Geständnisse des Einen beschränken sich jedoch, wie es scheint, auf einige mit Wuth hervorgestoßene Worte. Er soll gesagt haben, „er habe den Kaiser ermorden wollen, weil er Italien verrathen.“ Von anderer Seite wird über das entdeckte Komplot berichtet. Es war der Polizei-Präfectur (Herrn Voitelte, der dafür zum Senator ernannt werden wird) seit einiger Zeit bekannt, daß mehrere Italiener — wie man sagt, aus Parma, die im Hotel Athenes in der Rue Montesquieu wohnten — sich mit Attentats-Plänen trugen, für welche sie unter anderen hier sich aufhaltenden Italienern, von denen übrigens sieben bereits verhaftet sind, eifrig Propaganda machten. Man hatte den Plan, diese Herren ihr Spiel möglichst lange — immer beobachtet — durchführen zu lassen, um sie, wo möglich in flagranti zu erwischen. Eine Aufführung des „Jean Baudry“ im Theatre Français war zur Ausführung des Verbrechens be-

stimmt. Die sehr häufigen Ausflüge des Kaisers in dessen nöthigten Herrn Voitelte schon bei Zeiten zu Maßregeln, um das Leben des Monarchen nicht unnöthig in Gefahr zu bringen, und so hob man denn das ganze Nest der Verschwörer auf. Die Untersuchung, denn eine solche ist bereits eingeleitet, führt der Untersuchungsrichter Herr Daniel.

— In den höheren Kreisen des Pariser Lebens herrscht jetzt schon eine große Thätigkeit für die Vorbereitungen zu einigen großen Maskenbällen, welche den Schluß der gegenwärtigen Saison verherrlichen sollen. Es gilt, die bereits so kühnen Konzeptionen des verwichenen Jahres wo möglich noch zu überbieten. Sehr viel spricht man von einer Whistpartie, welche mit 52 lebenden Karten gespielt werden soll. Vier Schönheiten ersten Ranges, zwei blonde und zwei schwarze, stellen die Königinnen, vier hohe majestätische Persönlichkeiten die Könige und vier der charmantesten Kavaliers die Bauern vor. Die übrigen Karten werden auf weißen Plastrons, die von den Schultern an herabfallen, angedeutet werden. Man kann sich wohl einen Begriff davon machen, wie z. B., was schon oft da war, eine Schachpartie mit lebenden Figuren gespielt wird. Wie aber diese Karten gemischt, abgehoben und gegeben werden, wie namentlich dieselben ausgespielt und die Stiche gemacht werden sollen, ist bis jetzt für das profane Publikum noch ein Räthsel.

Paris, 9. Jänner, Abends. Die Neuwahl Isaac Pereire's zum Deputirten ist vom Corps legislatif einstimmig ohne Debatte genehmigt worden.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 13. Jänner.

Gestern Früh wurden die Wirthsleute Simon und Antonia Einfalt, am alten Markte, in ihrem Schlafzimmer in Folge eingeathmeten Kohlendampfes im bewußtlosen Zustande getroffen; zwar durch ärztliche Hilfe ins Leben gerufen, schwebten sie aber noch längere Zeit in Todesgefahr. Sie hatten in dem von ihnen zu heizenden Ofen Torf angezündet, die Röhren geschlossen und sich niedergelegt.

— Am 31. d. M. gibt die Liedertafel in Neu-markt ihr Fondconcert; das uns bereits vorliegende Programm zu demselben ist ein bereicherter Beleg für den Fleiß, für das tüchtige Streben des dortigen, unter der Leitung des stets geistesfrischen Herrn Joh. Pogatschnigg stehenden Vereins. Unter Anderem kommen die „Hymne“ des Herzog Ernst von Coburg, „Heil dir mein Vaterland“ und „das deutsche Banner“ von Schmöller, „Lützows Jagd“ und „Groß-Oesterreich“ zur Aufführung. Es wird uns seiner Zeit über das Concert schon ein Bericht zugehen.

— In Klagenfurt hat sich ein Comité von Kunstfreunden gebildet, welches sich zur Aufgabe gestellt hat, den Musikverein, welcher seit ungefähr zehn Jahren seine Thätigkeit eingestellt hat, neu organisiert wieder ins Leben zu rufen.

— Am 10. d. M. wurden auf der Straße Klagenfurt-Billach die Arbeiten für den Oberbau als vollendet geschlossen und am 11. d. M. ging die erste Maschine nach Billach ab.

— Von kompetenter Seite kommen nachstehende Mittheilungen über den in letzter Zeit zu Graßnig entstandenen Grubenbrand: Der um die Mitte December vorigen Jahres ausgebrochene Brand befindet sich nicht im Kohlenflöße selbst, sondern im Versatz eines bereits abgebauten Theiles desselben, ober dem Horizonte der sogenannten Mittelfohle. Die Ursache desselben sind einige aus Nachlässigkeit der Arbeiter in den Versatzbergen zurückgelassenen Kohlenpartien, welche in chemische Zersetzung und Selbstentzündung gerieten. Von Seite der Bergverwaltung sind die entsprechenden Maßregeln zur Dämpfung des Feuers getroffen worden, indem der ganze in Brand gerathene, aus bituminösem Mergel bestehende Versatz herausgeschafft wird, was mit keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden ist, weil der Brand gleich bei seinem Entstehen, ehe derselbe größere Dimensionen erreichen konnte, bemerkt wurde, und man auch den Feuerherd gänzlich in der Gewalt hat, weil man von allen Seiten zu demselben gelangen kann. Aehnliche Brände von geringer Ausdehnung, oft trotz der größten Vorsichtsmaßregeln unvermeidlich, sind bei diesem ausgedehnten Bergbau schon öfters vorgekommen und gedämpft worden. Es kann daher von einem „verheerenden Grubenbrande, welcher solche Dimensionen annimmt, daß das Gewerke wahrscheinlich gänzlich eingestellt werden muß“, wie die „Vorstadt-Zeitung“ berichtet hat, keine Rede sein.

(Kinderpest.) Laut Mittheilung aus Zivillroaiten wurden in den letzten 14 Tagen neue Erkrankungen an Kinderpest im Agramer Komitate in sechs, im Polzejaner Komitate in fünf, im Kreuzer Komitate in einer Ortschaft, dann in der königlichen Freistadt

Kopreinitz ausgewiesen. Im Ganzen sind seit dem Beginne der Seuche in zu 4 Komitaten und 3 Städten gehörigen 107 versuchten Ortschaften bei einem Gesamtthornviehstande von 29.277 Stück, 5790 Stücke erkrankt, wovon 1054 Stücke genesen, 4467 gefallen und 200 Stücke gekent worden sind. Der Gesamtverlust an Großhornvieh beträgt somit 4667 Stücke.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Frankfurt, 11. Jänner. In der heutigen außerordentlichen Sitzung des Bundestages stellten Oesterreich und Preußen erneuert den dringlichen Antrag: Dänemark zur Zurücknahme des Novembergesetzes aufzufordern, widrigenfalls die sofortige Occupation Schlesiens stattfinden werde. Die Abstimmung über diesen Antrag erfolgt Donnerstag.

Leipzig, 11. Jänner. Der König, jagdhalber hier anwesend, nahm die Adresse entgegen. Er machte die Zusage, daß er auf seiner deutschen Rechtswahrung fortdauernd beharren werde. Eine Ovation wurde dem König vom Volke dargebracht.

Berlin, 11. Jänner. Das „Journal de St. Petersbourg“ vom 9. d. M. veröffentlicht ohne Commentar den Text des bekannten, die dänische Erbfolge betreffenden Warschauer Protokolls vom 5. Juni 1851.

Berlin, 11. Jänner. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses interpellirte Abgeordneter Birchov, ob Preußen, da die Novemberverfassung nicht aufgehoben wurde, vom Londoner Traktate zurücktrete. Herr v. Bismarck erklärte, er werde antworten, sobald das Haus über die Anleihe von 12 Millionen einen Beschluß gefaßt habe.

Berlin, 11. Jänner. An der Debatte des Abgeordnetenhauses über den Militäretat nahmen Theil: Der Kriegsminister, welcher das Haus erinnert, daß es ein gefährliches Spiel spiele; Graf Schwerin, der einen künftigen Vermittlungsvorschlag verheißt, und die Abgeordneten Jung, Vincke, Reichensperger, Stavenhagen, Schulze und Baerft. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Hannover, 11. Jänner. Der König hat den Empfang der Deputation der gestrigen Landesversammlung zur Ueberreichung einer Adresse in Betreff Schleswig-Holsteins abgelehnt und wird die Adresse dem Minister des Innern übergeben.

Die „Neue Hannover'sche Zeitung“ meldet aus Rendsburg: Die Räumung des Kronwerkes sei von Seite der Bundesexekution nicht verlangt worden; es seien die Grenzen streitig. General Hake sei zu einer Entscheidung nicht berechtigt und die Aufgabe der Exekutionstruppen erreicht.

Altona, 11. Jänner. Die dänische in der Stadt Schleswig konzentrirte Streitmacht beträgt an 16000 Mann; die Stadtbewohner tragen schwere Einquartierungslasten. Der Platz „Freiheit“ in der genannten Stadt wurde mit fünf Vierundachtzigpfündern armirt. Im Dannerwerke sind kolossale Baracken aufgestellt worden. Die im Alter von 35 Jahren stehende Mannschaft wurde einberufen.

„Juristische Gesellschaft“ in Laibach.

Tagesordnung

der XXXI. Versammlung, welche Freitag am 15. Jänner 1864, um 6 Uhr Abends, im Gesellschafts-Locale (Salberggasse Nr. 195, II. Stock) abgehalten wird.

1. Lesung des Protokolls der XXX. Versammlung.
2. Wahl neuer Mitglieder.
3. Geschäftliche Mittheilungen.
4. Finanzrath Dr. v. Kalkenegger: Rechtsfälle und Rechtsfragen.
5. L. v. G. Secretär Freiherr v. Rechbach: Praktischer Fall zur Erörterung der Frage: „Gibt es eine Servitut zum Bezuge des Mercantilholzes, und kann ein solcher Berechtigter in der Servituts-Waldung einen Holzdiefstahl begehen?“
6. Dr. Johann Hach sen.: Erörterung des factischen Besizes und des gesetzmäßigen Schutzes desselben von Seite der Gerichte und der politischen Behörden in Krain.

Laibach am 7. Jänner 1864.

Vom Präsidium der juristischen Gesellschaft.

Theater.

Heute Mittwoch: Geschlossen.

Morgen Donnerstag: Die elegante Tini. Die Gelden. Apotheker und Friseur. Operette, von Offenbach.

